

Name der Gesellschaft
Vorwärts-Gesellschaft für Flachs-Spinnerrei und Weberei in Bielefeld

会社名
ビーレフェルト亜麻紡績織物フォーアベルツ社

認可年月日
1855.04.02.

業種
紡績

掲載文献等
Gesetz=Sammlung für die Preußischen Staaten,Jg.1855,SS.198-216.

ファイル名
18550402VGFSW_ALL.pdf

(Nr. 4194.) Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Statuten der unter der Firma: „Vorwärts-Gesellschaft für Flachs-Spinnerei und Weberei in Bielefeld“ errichteten Aktiengesellschaft. Vom 2. April 1855.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

thun kund und fügen hiemit zu wissen, daß Wir, nachdem sich eine Aktien-Gesellschaft mit dem Domizil zu Bielefeld zu dem Zwecke gebildet hat, alle Ge-

Geschäfte, welche die verschiedenen Zweige der Leinen-Industrie umfassen, zu betreiben, zu diesem Behufe rohe Flachse direkt und indirekt zu beziehen, die Anfertigung aller daraus herzustellenden Fabrikate zu bewirken und den hierauf bezüglichen Handel zu treiben, die Errichtung dieser Gesellschaft unter der Firma: „Vorwärts-Gesellschaft für Flachspinnerei und Weberei in Bielefeld“ auf Grund des Gesetzes vom 9. November 1843. genehmigt und die in den notariellen Akten vom 7. Januar und 28. Februar d. J. festgestellten und verlautbarten Statuten bestätigt haben.

Wir befehlen, daß diese Urkunde den notariellen Akten vom 7. Januar und 28. Februar d. J. für immer verbunden und nebst dem wörtlichen Inhalte der Statuten durch die Gesetz-Sammlung und durch das Amtsblatt Unserer Regierung zu Minden zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden soll.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Charlottenburg, den 2. April 1855.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. d. Heydt. Simons.

Statuten

der

Aktiengesellschaft „Vorwärts“ für Flachspinnerei und Weberei
in Bielefeld.

Titel I.

Bildung und Zweck der Gesellschaft.

§. 1.

Vorbehaltlich der landesherrlichen Genehmigung wird nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 9. November 1843. von den unterzeichneten Personen und später zutretenden Aktionären eine mit Korporations- und kaufmännischen Rechten versehene Aktiengesellschaft gebildet unter der Firma:

„Vorwärts-Gesellschaft für Flachspinnerei und Weberei
in Bielefeld.“

§. 2.

Jeder Aktionair nimmt durch den Erwerb oder Zeichnung einer Aktie Domizil im Bezirke des Kreisgerichts zu Bielefeld. Alle Insinuationen erfolgen gültiger Weise an die in diesem Domizil wohnende, von ihm zu bestimmende Person oder an dem in diesem Domizilbezirke belegenen, von ihm zu bestimmenden Hause und in Ermangelung der Bestimmung einer Person oder eines Hauses auf dem Bureau der Handelskammer zu Bielefeld.

§. 3.

Der Zweck der Gesellschaft ist: Betreibung aller Geschäfte, welche die verschiedenen Zweige der Leinen-Industrie umfassen, so daß die Gesellschaft berechtigt ist:

- a) zum direkten und indirekten Beziehen roher Flachse, in jeder dem Interesse der Gesellschaft entsprechenden Art;
- b) zur Anfertigung aller daraus, sei es für sich allein oder in Verbindung mit anderen Stoffen, herzustellenden Fabrikate, in jeglichen dem Bedarf entsprechenden Arten und Formen;
- c) zum Handel mit dem Rohstoffe oder mit dem Fabrikate auf jegliche Weise; ferner ist sie berechtigt:
- d) obige Geschäfte betreibende Etablissements zu kaufen oder sonst zu erwerben und für ihre Zwecke zu verwalten und zu betreiben.

Titel II.

Organisation der Gesellschaft.

§. 4.

Mitglied der Gesellschaft ist Jeder, welcher derselben durch Erwerb von Aktien beitrith; stimmfähiges Mitglied nur der Besitzer von mindestens drei Aktien.

Die berufene Versammlung der Mitglieder bildet die Generalversammlung (§§. 20—30.).

§. 5.

Von den stimmfähigen Mitgliedern wird in der Generalversammlung zur allgemeinen Leitung der Angelegenheiten der Gesellschaft aus deren Aktionairen ein Verwaltungsrath erwählt (§§. 14—19.).

§. 6.

Der Verwaltungsrath ernennt zur Ausführung der statutenmäßigen Vorschriften und seiner Beschlüsse, sowie zur speziellen Leitung und Führung der Geschäfte eine Direktion (§§. 7—13.).

I. Abschnitt.

Von der Direktion.

§. 7.

Die von dem Verwaltungsrathe ernannte und demselben untergeordnete Direktion besteht aus zwei Mitgliedern, von denen das eine vorzugsweise den merkantilitischen, das andere vorzugsweise den technischen Theil der Geschäfte besorgen wird, die aber Beide gemeinschaftlich für die Geschäftsführung verantwortlich sind.

§. 8.

Die Direktion vertritt das Geschäft nach Außen hin, Behörden wie Privaten gegenüber. Sie unterzeichnet die Korrespondenz, sowie alle Quittungen; dieselbe unterschreibt, acceptirt und indossirt alle Wechsel und Anweisungen und zeichnet für alle laufenden Geschäfte, welche als Ausführung der bereits getroffenen Einrichtungen oder gefaßten Beschlüsse oder abgeschlossenen Verträge zu betrachten sind.

Ihre Legitimation bildet die von dem Verwaltungsrathe zu ertheilende notarielle Vollmacht oder Bestallung.

§. 9.

Der Geschäftsverwaltung wird eine Instruktion von dem Verwaltungsrathe zu Grunde gelegt, für deren Befolgung die Direktion dem Verwaltungsrathe unbedingt verantwortlich, der Gesellschaft aber haftbar ist.

Der Direktion steht die Anstellung und Entlassung aller Beamten zu, nur bezüglich des gegen Kaution anzustellenden Kassirers, des ersten Buchhalters und der über 400 Rthlr. jährlichen Gehalts beziehenden Beamten ist die Genehmigung des Verwaltungsrathes erforderlich.

§. 10.

Die Direktoren müssen Aktionaire der Gesellschaft sein. Dieselben können nur entlassen werden, wenn sie den Erwartungen der Gesellschaft nicht entsprechen und sich in dieser Hinsicht mindestens drei Viertel des Gesamt-Verwaltungsrathes schriftlich für die Entlassung aussprechen.

Dieselben haben jeder eine Kaution von zweitausend Thalern in Aktien der Gesellschaft bei dem Verwaltungsrathe zu deponiren.

§. 11.

Die Gehälter der beiden Direktoren und der anderen Beamten bestimmt der Verwaltungsrath.

Den Direktoren kann außerdem von dem Verwaltungsrathe eine Tantieme bestimmt werden, welche zwei Prozent des jährlichen Reinertrages nicht übersteigen darf.

§. 12.

Im Abwesenheits- oder Verhinderungsfalle der Direktoren müssen dieselben durch ein Mitglied des Verwaltungsrathes vertreten werden, zu welchem Zwecke zwei Mitglieder als fungirende Rätthe (§. 18.) zu ernennen sind.

§. 13.

Der Direktion steht es frei, in streitigen, wichtigen oder schwierigen Fällen sich mit den fungirenden Rätthen zu benehmen, auch den Zusammentritt des Verwaltungsrathes bei dem Vorsitzenden zu beantragen.

II. Abschnitt.

Vom Verwaltungsrathe.

§. 14.

Der Verwaltungsrath (§. 5.) besteht aus zwölf zu wählenden Mitgliedern. Das über seine Wahl notariell aufzunehmende und auszufertigende Protokoll dient zu seiner Legitimation.

Außer den gewählten zwölf Mitgliedern gehören zum Verwaltungsrathe als bloß berathende Mitglieder die beiden Direktoren.

Jedes gewählte Mitglied muß Inhaber von fünf Aktien sein, oder solche binnen sechs Wochen, nach Annahme der Wahl, erwerben und dieselben bei dem Verwaltungsrathe niederlegen.

§. 15.

Der Verwaltungsrath, der aus seinen gewählten Mitgliedern für die Dauer von je einem Jahre einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter ernennt, beräth und verfügt, innerhalb der Grenzen des Statuts, über alle Angelegenheiten der Gesellschaft, welche nicht ausdrücklich der Generalversammlung oder den Direktoren vorbehalten sind. Er kontrolirt die Direktion.

Alle Ausfertigungen der Beschlüsse, Anordnungen und Bekanntmachungen werden von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter, oder in deren Auftrage von zwei Mitgliedern Namens des Verwaltungsrathes unterschrieben.

§. 16.

Der Verwaltungsrath versammelt sich regelmäßig vierteljährig am zweiten Mittwoch des Quartals, und im Falle dies ein Fest- oder Feiertag ist, am nächsten darauf folgenden Werktag, im Lokale der Direktion. Zu dieser ordentlichen, sowie zu außerordentlichen Sitzungen, wird der Verwaltungsrath, unter Beifügung der Tagesordnung, durch den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, oder im Auftrage derselben durch die Direktion, schriftlich eingeladen.

§. 17.

§. 17.

Der in dieser Art berufene Verwaltungsrath ist beschlußfähig bei Anwesenheit von fünf Mitgliedern, unter denen sich der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter befinden muß.

Mehrheit der Stimmen entscheidet. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden.

§. 18.

Der Verwaltungsrath ernennt aus seiner Mitte zwei Mitglieder auf die Dauer eines Jahres, die der Direktion beratend zur Seite stehen (§§. 12. 13.) und in den nöthigen Fällen die Vertretung Eines oder Anderen der Direktoren übernehmen.

Diesen fungirenden Rätthen liegt es ob, von den Geschäften Kenntniß zu nehmen und am Schlusse jeden Quartals die Geschäftsführung einer Revision zu unterwerfen; auch steht es denselben frei, außerdem eine solche außerordentlich vorzunehmen.

Den beiden ernannten fungirenden Rätthen wird eine besondere, von dem Verwaltungsrathe festzustellende Remuneration ertheilt.

§. 19.

Die zu wählenden Mitglieder des Verwaltungsrathes werden auf vier Jahre ernannt. Nach Ablauf jeden Jahres scheiden drei Mitglieder aus. In den ersten drei Jahren werden die Ausscheidenden durch das Loos bestimmt, demnächst durch die Zeit, welche seit ihrer Wahl verstrichen ist. Beim Ausscheiden eines Mitgliedes im Laufe eines Jahres hat für die Dauer desselben der Verwaltungsrath die Stelle aus den Aktionairen zu ersetzen. Ausscheidende sind wieder wählbar. Die Mitglieder des Verwaltungsrathes beziehen eine Lantieme von fünf Prozent des sich beim Jahreschlusse ergebenden Ueberschusses; dem Vorsitzenden wird außerdem eine Vergütung von mindestens dreihundert Thalern jährlich zugesichert.

III. Abschnitt.

Generalversammlung.

§. 20.

Die ordentliche Versammlung der Aktionaire findet statt am zweiten Donnerstage des Monats Mai jeden Jahres, und im Falle derselbe ein Fest- oder Feiertag ist, an dem darauf nächstfolgenden Werktag, Morgens 9 Uhr in einem näher zu bestimmenden Lokale am Sitze der Gesellschaft.

§. 21.

Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in dem Preussischen Staats-Anzeiger zu Berlin, dem Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Minden, der Patriotischen Zeitung zu Minden, der Kölnischen Zeitung und der Hamburger Börsehalle. In denselben Blättern werden die Aktionaire zu den Generalversammlungen noch besonders vorgeladen.

Geht eines dieser Blätter ein, so soll die Veröffentlichung in den übrig bleibenden Blättern so lange genügen, bis die nächste Generalversammlung an die Stelle des eingegangenen Blattes ein anderes bestimmt hat.

Die Regierung ist befugt, sobald sie es für erforderlich erachtet, vorzuschreiben, welche Blätter an Stelle der oben genannten treten sollen. Diese Verfügung ist durch die Amtsblätter derjenigen Regierungen zu veröffentlichen, in deren Bezirken die inländischen Gesellschaftsblätter erscheinen.

§. 22.

Spätestens in den beiden letzten Tagen vor jeder Generalversammlung haben die Aktionaire durch Vorzeigung der Aktien resp. der Quittungsbogen, oder einer glaubhaften Bescheinigung über den Besitz derselben in dem Bureau der Gesellschaft sich zu legitimiren, wogegen ihnen eine Eintrittskarte behändigt wird.

§. 23.

Die stimmfähigen Mitglieder erhalten außerdem Stimmzettel.

Der Besitz

von 3 bis 10 Aktien oder Quittungsbogen	gewährt	Eine Stimme,
= 11 = 20 = = =	=	= zwei Stimmen,
= 21 = 30 = = =	=	= drei =
= 31 = 40 = = =	=	= vier =
= 41 = 50 = = =	=	= fünf =
= 51 = 60 = = =	=	= sechs =
= 61 = 70 = = =	=	= sieben =
= 71 = 80 = = =	=	= acht =
= 81 = 90 = = =	=	= neun =
= 91 und darüber = =	=	= zehn =

Die Vertretung nichtanwesender Aktionaire ist nur durch Aktionaire statthaft, die durch beglaubigte Vollmachten legitimirt sein müssen. Durch einen und denselben Bevollmächtigten können ausschließlich seiner eigenen nur noch zehn Stimmen vertreten werden.

§. 24.

In der ordentlichen Generalversammlung, in welcher der Vorsitzende des Ver-

Verwaltungsrathes oder dessen Stellvertreter präsidiert, berichtet der Verwaltungsrath durch eines seiner Mitglieder über die Lage des Geschäfts und bringt diejenigen Gegenstände zum Vortrage, die auf der Tagesordnung stehen.

Jedem stimmfähigen Aktionair steht das Recht zu, Gegenstände zum Vortrage zu bringen; der Verwaltungsrath ist aber befugt, jeden Antrag, der nicht mindestens vier Wochen vor Eröffnung der Versammlung schriftlich eingereicht ist, der nächsten Generalversammlung zuzuweisen.

§. 25.

In jeder ordentlichen Generalversammlung werden aus der Mitte derselben drei Revisoren gewählt, welche die Bücher nach deren letztem Abschlusse, sowie die Rechnungen und Beläge zu prüfen und Decharge zu ertheilen haben.

§. 26.

Bei den Beschlüssen entscheidet Stimmenmehrheit, bei Gleichheit der Stimmen die des Vorsitzenden. Nichtanwesende Aktionaire sind an die Beschlüsse der Versammlung gebunden.

§. 27.

Bei Wahlen entscheidet absolute Stimmenmehrheit; dieselben werden mittelst geheimen Skrutiniums durch Wahlzettel, auf welchen sämtliche Personen benannt sind, vorgenommen, wobei weder Mitglieder des Verwaltungsrathes, noch Beamte der Gesellschaft zu Skrutatoren ernannt werden dürfen.

Wird absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so wird auf gleiche Weise nochmals abgestimmt, wobei einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Bei dann eintretender Gleichheit der Stimmen entscheidet das Loos.

§. 28.

Eine außerordentliche Generalversammlung wird Seitens der Gesellschaft nur von dem Verwaltungsrathe berufen für spezielle Gegenstände.

Diese Berufung muß geschehen durch die oben §. 21. angeführten Blätter, unter Angabe der Berathungsgegenstände, mit einer Frist von vier Wochen.

Aktionaire, welche zusammen mindestens Eintausend Aktien repräsentiren, können die Berufung einer solchen außerordentlichen Generalversammlung durch den Verwaltungsrath verlangen.

§. 29.

Eine außerordentliche Generalversammlung ist beschlußfähig, wenn darin außer denen der Mitglieder des Verwaltungsrathes und der Direktion achtzig Stimmen vertreten sind.

Sollten so viele Stimmen in einer solchen Generalversammlung nicht

vertreten sein, so wird von dem Verwaltungsrathe innerhalb sechs Wochen, wenn nicht inzwischen eine ordentliche Generalversammlung, in welcher der Gegenstand statutenmäßig erledigt werden kann, eintritt, eine anderweitige außerordentliche Generalversammlung ausgeschrieben, in welcher die dann Anwesenden nach Stimmenmehrheit beschließen.

§. 30.

Ueber jede Generalversammlung muß ein Protokoll notariell aufgenommen, von dem Vorsitzenden und mindestens drei Aktionären aus der Versammlung vollzogen und demnächst ausgefertigt werden.

Titel III.

Sonds, Aktien, Reservefonds, Dividende.

§. 31.

Das Grundkapital der Gesellschaft besteht in einem Kapitale von ~~1,000,000 Rthlr. Preussisch~~ Kurant, in 5000 Aktien à 200 Rthlr., wovon vorläufig 2000 Aktien ausgegeben werden sollen; die weitere Ausgabe von Aktien bis zur Gesammthöhe von 500,000 Rthlrn. bleibt dem Ermessen des Verwaltungsrathes überlassen.

Zur noch weiteren Ausgabe von Aktien ist die Genehmigung der Generalversammlung erforderlich. Die Generalversammlung kann mit landesherrlicher Genehmigung auch eine Erhöhung des Grundkapitals beschließen.

§. 32.

Die Aktien werden nach dem, diesem Statut beigegebenen Formulare in fortlaufender Nummer auf jeden Inhaber ausgefertigt und ausgegeben, wenn der volle Betrag zur Gesellschaftskasse berichtet ist.

Bis dahin werden mit Nummern bezeichnete, auf Namen lautende Quittungsbogen ausgegeben, auf denen über die Einzahlung quittirt wird. Dieselben werden, sobald der Betrag der Aktien voll eingezahlt ist, gegen die Aktien-Dokumente ausgewechselt. Bis zur vollen Einzahlung kann eine Uebertragung von Quittungsbogen nur mit Genehmigung des Verwaltungsrathes erfolgen. Im Uebrigen wird nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 9. November 1843. verfahren.

§. 33.

Die Aktien werden von zwei Mitgliedern des Verwaltungsrathes und von der Direktion unterzeichnet, und denselben Dividendenscheine nach dem beigegebenen Formulare auf acht Jahre nebst Talon beigegeben, welche nach
Ab-

Ablauf des letzten Jahres gegen Einlieferung des Talons durch neue ersetzt werden.

§. 34.

Die Einzahlungen für die ursprünglich auszugebenden Aktien erfolgen, nach erlangter Allerhöchster Genehmigung, nach dem Bedürfnisse der Gesellschaft auf Grund besonderer Aufforderung des Verwaltungsrathes in Raten von nicht über zehn Prozent und in Zwischenräumen von nicht unter zwei Monaten bei der Kasse der Gesellschaft zu Bielefeld oder an näher zu bestimmende Bankhäuser anderer Orte. Es soll jedoch jedem der Aktionaire freistehen, die gezeichnete Summe ganz oder theilweise gleich zu zahlen und werden in diesem Falle von der eingezahlten Summe fünf Prozent Zinsen pro anno aus dem Gesellschaftsfonds vergütet. Die Aufforderung erfolgt vier Wochen vor jeder Zahlung durch die §. 21. bestimmten Zeitungen.

Die Verzinsung der bezeichneten Beträge mit fünf Prozent darf nur bis zur erfolgten vollen Einzahlung eines Aktienbetrages von 400,000 Rthlr. stattfinden. Von da ab muß aber nach §. 17. des Gesetzes vom 9. November 1843. und §. 38. des Statuts die Zahlung der Dividende an die Stelle der Verzinsung treten.

Wer innerhalb zweier Monate nach erfolgter Aufforderung nicht zahlt, verfällt in eine Konventionalstrafe von ein Viertel des ausgeschriebenen Betrages; erfolgt solche nach vorheriger neuer Aufforderung nicht binnen ferneren vier Wochen, so ist der Verwaltungsrath berechtigt, entweder

- a) die eingezahlten Beträge für verfallen und die Aktien für erloschen zu erklären, welche Erklärung durch die §. 21. benannten Zeitungen unter Angabe der Nummer erfolgt, oder aber
- b) die Zahlung nebst Strafe und Zinsen gerichtlich einzuziehen, oder endlich
- c) bei Sterbefällen, Fallissements, Auseinandersetzungen und ähnlichen, vom Verwaltungsrathe für angemessen erachteten Fällen die Aktien-Quittungsbogen zum Vortheile der Inhaber öffentlich an einer Börse durch einen vereideten Makler zu veräußern.

§. 35.

An Stelle einer für erloschen erklärten Aktie kann von dem Verwaltungsrathe eine neue ausgegeben werden.

§. 36.

Der Inhaber einer Aktie ist nur für den darin ausgesprochenen Betrag und event. für die Konventionalstrafe haftbar.

§. 37.

Gehen Aktien verloren, so werden an Stelle der verlorenen neue Aktien
(Nr. 4194.) aus-

ausgefertigt, sobald die ersteren den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß amortisirt sind.

§. 38.

Durch den Besitz einer Aktie wird Jedermann Mitglied der Gesellschaft (§. 4.). Derselbe erlangt dadurch ein Recht auf eine nach Maassgabe des aus dem Jahresabschlusse sich ergebenden reinen Gewinnes durch den Verwaltungsrath festzustellende Dividende und wird außerdem Miteigenthümer an dem Vermögen der Gesellschaft, nach dem Verhältniß der Aktien, die er besitzt.

§. 39.

Am 31. Dezember jeden Jahres wird von der Direktion ein vollständiges Inventarium über die Besitzungen, Borräthe, Ausstände und Passiva der Gesellschaft aufgenommen, in ein besonderes, dafür eingerichtetes Register eingetragen und dem Verwaltungsrathe zur Prüfung und Feststellung vorgelegt.

Es werden dabei die Rohstoffe und Materialienvorräthe, die halbfabrizirten und fertigen Artikel nach dem laufenden Werthe angenommen und überhaupt die Bilanz nach kaufmännischen Grundsätzen gezogen.

§. 40.

Der jährliche reine Gewinn wird folgendermaßen ermittelt und festgestellt:

- 1) es werden von dem nach Abzug der Passiva von den Aktivis verbleibenden Ueberschusse zu einem für Unglücksfälle und außergewöhnliche Verluste zu bildenden Reservefonds zehn Prozent abgesetzt;
- 2) werden auf die Baulichkeiten und das Inventar zur Deckung des Verschleißes jährlich angemessene Prozente nach näherer Bestimmung des Verwaltungsrathes abgeschrieben.

• Von dem dann verbleibenden Ueberschusse erhalten der Verwaltungsrath und die Direktion die festgestellte Lapthe und die Aktionaire die Dividende.

§. 41.

Der Reservefonds, der im Geschäfte verbleibt, soll zwanzig Prozent des eingezahlten Aktientapitals nicht übersteigen. Bis zur Erreichung dieser Höhe sollen jährlich zehn Prozent des Reingewinns für Bildung des Reservefonds bestimmt werden. Zinsen werden demselben nicht zugeschrieben. Wird der Reservefonds angegriffen, so wird derselbe in gleicher Weise ergänzt.

§. 42.

Die Auszahlung der Dividenden erfolgt jährlich am 1. Juni gegen Einreichung der Kupons bei der Kasse der Gesellschaft und den von dem Verwaltungsrathe zu bezeichnenden Bankhäusern (§. 34.).

Wird

Wird deren Betrag binnen vier Jahren nicht erhoben, so verfällt derselbe der Gesellschaft.

•
§. 43.

Die von den Aktionären eingezahlten Raten werden von dem, in der Ausschreibung bestimmten letzten Einzahlungstage mit fünf Prozent jährlich bis zur vollen Einzahlung der 400,000 Rthlr. verzinst und diese Zinsen aus dem Einrichtungsfonds entnommen.

Diese Berichtigung der Zinsen bis zur letzten Theilzahlung geschieht durch Abrechnung auf die jedesmaligen ferneren Theilzahlungen.

§. 44.

Ueber die Benutzung und Anlegung von Geldern und disponiblen Fonds bestimmt lediglich der Verwaltungsrath.

Titel IV.

Dauer und Auflösung der Gesellschaft.

§. 45.

Die Dauer der Gesellschaft erstreckt sich auf funfzig Jahre nach dem Tage der erlangten landesherrlichen Konzession.

Die Gesellschaft kann eine Verlängerung beschließen, welche von der landesherrlichen Genehmigung abhängig ist (§. 47.).

Im Laufe der ersten funfzig Jahre kann die Auflösung der Gesellschaft nur durch den Verwaltungsrath beantragt werden.

Derselbe ist dazu verpflichtet, wenn die Hälfte des Aktienkapitals verloren gegangen ist, ferner, wenn ein Fünftel der Aktionäre nach Aktienzahl darauf dringt.

Diese Auflösung kann nur in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen werden, in welcher jede vertretene Aktie für eine Stimme zählt, gleichviel, wie viel in einer Hand vereinigt sind. In jeder solchen Versammlung muß die Hälfte der sämtlichen Aktien vertreten sein; ist dieses nicht der Fall, so ist eine neue außerordentliche Versammlung anzuberaumen, in der die dann anwesenden Aktionäre vollgültig Beschluß fassen können.

In beiden Versammlungen kann die Auflösung der Gesellschaft nur durch eine Majorität von zwei Drittheilen der Stimmen beschlossen werden. Der Beschluß bedarf der landesherrlichen Genehmigung.

Die Auflösung erfolgt nach Maaßgabe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Außerdem tritt die Auflösung der Gesellschaft in den in den §§. 25., 28. und 29. des Gesetzes vom 9. November 1843. bestimmten Fällen ein und wird nach Maaßgabe der in jenen Paragraphen getroffenen gesetzlichen Bestimmungen bewirkt.

Den Modus der Liquidation, die Liquidatoren und deren Befugnisse bestimmt der Verwaltungsrath.

Titel V.

Schlichtung von Streitigkeiten und Abänderung des Statuts.

§. 46.

Streitigkeiten, welche Angelegenheiten der Gesellschaft betreffen, es sei zwischen der Gesellschaft und ihren Aktionairen, Vertretern oder Beamten, oder unter den letzteren Personen selbst, dürfen, mit Ausnahme der im §. 34. erwähnten Fälle, nur durch Schiedsmänner entschieden werden, von denen jeder Theil einen wählt. Ein Obmann tritt nur dann hinzu, wenn die beiden Schiedsrichter sich innerhalb acht Tagen nicht einigen können. In diesem Falle ernennt der Direktor des Kreisgerichts zu Bielefeld aus der Zahl der Mitglieder desselben den Obmann. Schiedsrichter und Obmann müssen in Bielefeld wohnen. Verzögert einer der streitenden Theile auf die ihm durch einen Notar oder gerichtlich insinuirte Aufforderung des Gegners die Ernennung des Schiedsrichters länger als acht Tage, so muß er sich gefallen lassen, daß der andere Theil beide Schiedsmänner ernennt. Das Schiedsgericht hat seinen Ausspruch innerhalb spätestens vier Wochen zu thun. Gegen den schiedsrichterlichen Spruch findet, den Fall der Nichtigkeit ausgenommen, kein Rechtsmittel statt.

Für das Verfahren der Schiedsrichter sind die Bestimmungen der §§. 167. ff. Theil I. Titel 2. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung maaßgebend.

§. 47.

Abänderungen der Statuten können nur durch den Verwaltungsrath beantragt und von der Generalversammlung nur durch eine Mehrheit von zwei Drittheilen der vertretenen Stimmen beschloffen werden, zu welchen Beschlüssen die landesherrliche Genehmigung erforderlich ist.

Titel VI.

Titel VI.

Aufsichtsrecht der Königlichen Regierung.

§. 48.

Der Königlichen Regierung steht es zu, einen Kommissarius zur Wahrnehmung des Aufsichtsrechts zu ernennen oder für einzelne Fälle zu delegiren.

Dieser Kommissar ist befugt, alle Organe der Gesellschaft gültig zusammen zu berufen, allen Berathungen beizuwohnen, Bücher, Register und Rechnungen in dem Bureau der Gesellschaft einzusehen und von den Schriftstücken und allen Einrichtungen Kenntniß zu nehmen.

Titel VII.

Transitorische Bestimmungen.

§. 49.

Gründer der Gesellschaft sind:

1) Kaufmann Carl Bozi in Bielefeld, 2) Kaufmann Theodor Bozi in Düsseldorf, 3) Kaufmann Gustav Bozi bei Bielefeld, 4) Kaufmann M. Bozi in Bielefeld, 5) Kaufmann A. F. von Sobbe in Minden, 6) Kaufmann Wilhelm Dröge in Hamburg, 7) Kaufmann Adolph Riensch in Hamburg, 8) Kaufmann Gustav Delius in Versmold, 9) Kaufmann A. Osthoff in Münster (in Firma A. S. Koft in Münster), 10) Kaufmann Wilhelm Tourneau in Münster, 11) Rechtsanwalt Gustav Köppelmann in Duisburg, 12) der General-Kommissarius Geheime Rath Wilhelm Jonas zu Münster, 13) der Kommerzienrath Baum zu Düsseldorf, Theilhaber des Handlungshauses Wilhelm Cleff daselbst, 14) der Premier-Lieutenant L. Bacmeister in Wesel,

wovon die sub 1. und 3. genannten Carl und Gustav Bozi zu Direktoren für die Dauer von fünf Jahren ernannt sind; die übrigen zwölf bilden für die ersten sieben Jahre, also bis zum Jahre 1862., nach der erlangten landesherrlichen Konzession den Verwaltungsrath mit allen, den erwählten Mitgliedern statutenmäßig beigelegten Rechten und Pflichten.

Die Ergänzung des Verwaltungsrathes während dieser Dauer, für den Fall des Auscheidens eines oder anderen Mitgliedes, bleibt der Generalversammlung vorbehalten.

Die erste theilweise Erneuerung desselben durch Wahl der Gesellschaft (§. 19.) findet in der ordentlichen Generalversammlung im Jahre 1862. statt.

§. 50.

Die Herren Carl Bozi, Rechtsanwalt Köppelmann und Adolph Niensch zusammen, oder auch einzeln, sind, unter Zuziehung eines der Mitglieder, welches Mitgründer dieser Aktiengesellschaft ist, ermächtigt, die landesherrliche Genehmigung der Gesellschaft und Ertheilung der Korporationsrechte zu erwirken, sowie diejenigen Abänderungen der Statuten und deren Zusätze zu denselben Namens der Gründer zu genehmigen, welche die Staatsregierung vorschreiben wird.

Die Abänderungen sollen sowohl für die Gründer, als für die später zutretenden Aktionaire als rechtsverbindlich angesehen werden.

Die Herren Komparenten erklären die vorstehenden Statuten für sich und für die von ihnen vertretenen übrigen Gründer der Gesellschaft hierdurch für rechtsverbindlich und bemerken schließlich, daß es hinsichtlich der Zeichnungen für die Aktiengesellschaft selbstredend bei dem notariellen Gesellschaftsvertrage vom vierten November vorigen Jahres das Bemerkende behalte.

Actie
№.....

Auszu-
schnei-
dender
Talon.

Gesellschaft für Flachs-Spinnerei und Weberei in Bielefeld.

200 Thaler.

200 Thaler.

200 Thaler.
**Vorwärts-Gesellschaft
für Flachs-Spinnerei und Weberei in Bielefeld.**

Gegründet durch notariellen Akt vom 4. November
1854. Bestätigt durch Allerhöchste Urkunde vom
..ten 185.

**Actie №.....
über
Zweihundert Thaler Preussisch Kurant.**

Der Inhaber ist an der Gesellschaft für Flachs-
Spinnerei und Weberei in Bielefeld für den Be-
trag von

Zweihundert Thalern
betheiligt und hat alle statutenmäßigen Rechte und
Pflichten.

Dieser Actie sind acht Dividendenscheine pro
..... 185. bis 186. einschließlich
nebst Talon beigelegt.

Ausgefertigt Bielefeld, am ..ten
185..

Der Verwaltungsrath.

(Trockener
Stempel.)

(Die Unterschriften.)

Eingetragen sub Fol..... des Registers.

200 Thaler.

Gesellschaft für Flachs-Spinnerei und Weberei in Bielefeld.

Anweisung zur Actie №.....

Eingetragen in das Rupon-Register Fol.

(A neu amp)

Dieser Talon
wird gebunden
und beruht in
dem Archive
der Gesell-
schaft.

(Nr. 4194.)

8.	7.
6.	5.
4.	3.
2.	1. <p style="text-align: center;">Gesellschaft für Flachs-Spinnerei und Weberei in Bielefeld.</p> <p style="text-align: center;">Dividendenschein (Trockener) zu der Aktie N° (Stempel.)</p> <p>Der Inhaber empfängt am 1. Juni 185. gegen diesen Schein an der Gesellschaftskasse in Bielefeld oder an den bekannt zu machenden Stellen die statutenmäßig ermittelte Dividende für das Geschäftsjahr 185.</p> <p>Der Verwaltungsrath. Die Direktion. (Unterschriften.) (Unterschriften.)</p> <hr/> <p>Eingetragen Fol.</p>

(Rückseite.)

<p>Zahlbar am 1. Juni 185. für das Geschäftsjahr pro</p> <p>§. 42. Die Auszahlung der Dividenden erfolgt jährlich am 1. Juni gegen Einreichung des Kupon's bei der Kasse der Gesellschaft und den von dem Verwaltungsrathe zu bezeichnenden Bankhäusern.</p>	
<p>Wird der Betrag binnen vier Jahren nicht erhoben, so verfällt solcher der Gesellschaft.</p>	

Redigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.
(Rudolph Decker.)